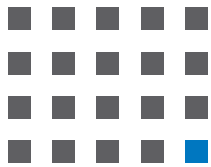


# Jahresbericht 2019



**Jena Center**

Geschichte des 20. Jahrhunderts  
20th Century History



<b>5</b>	<b>Vorwort</b>
	<b>Gastprofessur</b>
<b>6</b>	Doris Bergen
	<b>Veranstaltungen</b>
<b>7</b>	Versailles 1919
<b>7</b>	Zur rechten Zeit
<b>8</b>	Menschenrechte nach dem Kalten Krieg
<b>9</b>	Imperiale Waffenkontrolle
<b>10</b>	Wer ist Flüchtling?
<b>12</b>	Die ostdeutsche Volksmeinung
<b>12</b>	Verschlussache Karlsruhe
<b>13</b>	Weimarer Verhältnisse?
<b>13</b>	Das neue Wir
	<b>Doktorandenschule</b>
<b>14</b>	Mitglieder 2019
<b>15</b>	Seminartage „Unter uns“
<b>16</b>	Seminartage mit Doris Bergen
<b>18</b>	Seminartag mit Jan Plamper
<b>19</b>	History Slam
	<b>Forschung</b>
<b>20</b>	Judenfeindschaft nach dem Holocaust
<b>21</b>	Der große Umbruch
<b>22</b>	Prediger der Demokratie
<b>23</b>	Ein saarländischer Sonderweg?
<b>24</b>	<b>Masterstudiengang GP20</b>
<b>25</b>	<b>Publikationen</b>
<b>26</b>	<b>Gremien</b>



## Vorwort

Wächst Deutschland von rechts zusammen? Dieser Frage widmet sich nicht nur unsere im Februar 2019 erschienene, mittlerweile in dritter Auflage vorliegende Publikation *Zur rechten Zeit*, sie ist auch das Thema einer großen Studie zur Erfahrungsgeschichte der langen Transformation in Ostdeutschland, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung seit Jahresbeginn am *Jena Center* fördert. Rechtspopulismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus bleiben weiterhin zentrale Themen unserer Forschung und spiegeln sich auch im Programm unserer Doktorandenschule, in der wir im Sommersemester die renommierte kanadische Historikerin Doris Bergen als Gastprofessorin begrüßen konnten. Ihre Begeisterung für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust und für die Arbeit mit vielfältigen medialen Quellen vermittelte sie unseren Nachwuchswissenschaftlern an vier vielgelobten Seminartagen und dem Jenaer Publikum in einem herausragenden Gastvortrag in den Rosensälen am 5. Juni.

International gestalteten sich auch die weiteren Veranstaltungen des *Jena Center* in diesem Jahr. Das interdisziplinäre Symposium *Wer ist Flüchtling?* im Alten Schloss Dornburg vom 4. bis 6. Juli machte Migration, Flucht und Asyl zum verbindenden Thema. Auch der im September erschienene Band von David Abraham zur Geschichte des Wohlfahrtsstaates bietet Einsichten in die gesellschaftliche Bedeutung von Einwanderung nicht nur in Deutschland. Obgleich der Arbeitskreis „Menschenrechte im 20. Jahrhundert“ nach achtjähriger Förderung durch die Fritz Thyssen Stiftung in diesem Jahr seine Abschlusskonferenz veranstaltete, bleibt die globale Menschenrechtsgeschichte ein übergreifendes Thema des *Jena Center*.

Gegen Ende des Jahres kehrten wir zur Ausgangsfrage zurück, als Jens Gieseke im Rahmen seiner Gastprofessur am Forschungsverbund „Diktaturerfahrung + Transformation“ im Zeitgeschichtlichen Kolloquium über die Verbindung demoskopischer Quellen aus Ost- und Westdeutschland sprach und Jan Plamper (London) im Theaterhaus Jena neue Ansätze für eine umfassendere Identitätskonstruktion des vereinten Deutschlands präsentierte.

Jena, im Frühjahr 2020

Norbert Frei





## Gastprofessorin Doris Bergen



Doris Bergen, geboren 1960 im kanadischen Saskatoon, ist Professorin für Holocaust-Studien an der University of Toronto. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen neben der Geschichte von Gewalt und Genoziden im 20. Jahrhundert auch die Geschichte der christlichen Kirchen sowie die Frauen und Geschlechtergeschichte.

Nach Abschluss ihres Bachelors an der University of Saskatchewan erwarb Doris Bergen 1984 den Master in Modern European History an der University of Alberta in Edmonton, bevor sie für ihre von Gerhard L. Weinberg betreute Promotion an die University of North Carolina in Chapel Hill ging. Von 1991 bis 1996 unterrichtete sie an der University of Vermont und von 1996 bis 2006 an der University of Notre Dame in Indiana, wo sie 2005 zur Professorin ernannt wurde. Seit 2007 ist Doris Bergen Inhaberin des Chancellor Rose and Ray Wolfe-Lehrstuhls für Holocaust-Studien am Department of History sowie am Tanenbaum Centre for Jewish Studies an der University of Toronto.

Ihre Doktorarbeit über die „Deutschen Christen“ im Nationalsozialismus veröffentlichte Bergen 1996 unter dem Titel *Twisted Cross: The German Christian Movement in the Third Reich* – ein Standardwerk über die regimetreue Strömung innerhalb der evangelischen Kirche in Deutschland und ihre Bemühungen, alles „Jüdische“ aus den christlichen Schriften und Riten zu verbannen. 2003 erschien die vielbeachtete und mehrfach wiederaufgelegte Überblicksdarstellung *War and Genocide: A Concise History of the Holocaust*, in der sie die Gewalterfahrungen unterschiedlicher Gruppen von Tätern, Opfern und anderen Beteiligten auf der Basis zahlreicher Egodokumente in integrierter Perspektive analysierte. Es folgte ein Buch über die Rolle der Wehrmachtspfarrer im Holocaust und ein Sammelband über den Alltag im Holocaust. Derzeit arbeitet Bergen an einem Buchprojekt mit dem Titel *Between God and Hitler: Military Chaplains in National Socialist Germany*.

Im Sommersemester 2019 war Doris Bergen Gastprofessorin am *Jena Center* und hielt am 5. Juni einen öffentlichen Vortrag unter dem Titel *Die Überlebenden und die Historiker. Zum Verhältnis von Zeitzeugenschaft und Holocaustforschung* in den Rosensälen der Friedrich-Schiller-Universität. An vier Seminartagen erörterte sie mit den Mitgliedern der Doktorandenschule eine Vielzahl von aktuellen Methoden und Ansätzen in der Erforschung des Holocaust (siehe S. 16 f.).

Prof. Dr. Doris Bergen  
(Toronto)

### Die Überlebenden und die Historiker

Zum Verhältnis von  
Zeitzeugenschaft und  
Holocaustforschung

Öffentlicher Vortrag  
Mittwoch, 5. Juni 2019, 18 Uhr c.t.  
Rosensäle, Fürstengraben 27, Jena

## Versailles 1919

Am 30. Januar 2019 waren Prof. Dr. Eckart Conze (Marburg) und Prof. Dr. Marcus Payk (Hamburg) zu Gast im Zeitgeschichtlichen Kolloquium, um anlässlich des 100. Jahrestags des Versailler Friedensvertrags von 1919 ihre aktuellen Buchpublikationen vorzustellen. Beide Neuveröffentlichungen verfolgen den Ansatz, die Versailles-Forschung auf eine dichtere empirische Grundlage zu stellen. Beabsichtigt ist außerdem die Überwindung eines älteren Forschungsansatzes, in dem die Verhandlungen immer noch überwiegend aus der Perspektive der Nationalstaaten rekonstruiert werden. In Anlehnung an die aktuellen Diskussionen zur Geschichte des Völkerbunds deuten beide Autoren die Versailler Friedensverhandlungen als politische, rechtliche und kulturelle Verflechtungsgeschichte. Die Veranstaltung in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung moderierte PD Dr. Annette Weinke.



## Zur rechten Zeit

Im Februar 2019 veröffentlichten Prof. Dr. Norbert Frei, Dr. Franka Maubach, Prof. Dr. Christina Morina und Dr. Maik Tändler im Ullstein Verlag ihr gemeinsam verfasstes Buch *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*. Es legt Kontinuitäten rechten Denkens und rechter Mobilisierung seit 1945 frei – in der „alten“ Bundesrepublik und der DDR ebenso wie im vereinigten Deutschland. Dabei zeigen sich nicht zuletzt die langen Vorgeschichten der Parolen von Pegida und AfD.

Nach einem großen *Zeit*-Gespräch mit den Autoren pünktlich zum Erscheinungstermin und einem Vorabdruck in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* folgten Buchvorstellungen unter anderem in Frankfurt am Main, Bad Homburg, Dresden, München, Berlin, Leipzig und Jena.

Die zahlreichen Presse- und Rundfunkrezensionen hoben immer wieder den deutsch-deutschen Ansatz des Buches lobend hervor, der ein ansonsten meist als vorwiegend ostdeutsch wahrgenommenes Problem gesamtdeutsch perspektiviere. Indem das Buch die Geschichte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust ebenso einbeziehe wie die Geschichte rechter Parteien, der Ausländerfeindlichkeit und der rassistischen Gewalt seit den achtziger Jahren, biete es ein erste zeitgeschichtliche Gesamtdarstellung rechter Konjunkturen seit 1945.





## Menschenrechte nach dem Kalten Krieg



Am 16. und 17. Mai 2019 fand in Köln die Abschlusskonferenz des Arbeitskreises „Menschenrechte im 20. Jahrhundert“ statt. Expertinnen und Experten unterschiedlicher Disziplinen und aus verschiedenen Weltregionen diskutierten unter dem Titel „Putting Human Rights to the Test. Claims, Interventions and Contestations“ über die Entwicklungen in der Menschenrechtspolitik seit 1990. Dabei handelte es sich um einen der ersten Versuche überhaupt, diese spannungsreiche Geschichte umfassend historisch zu reflektieren und einzuordnen. Nach wie vor fehlen sowohl empirische Studien als auch übergreifende Deutungsangebote.



Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass die Menschenrechtsidee die Politik seit dem Ende des Systemkonflikts und der weltweiten Demokratisierungswelle am Ende des 20. Jahrhunderts national wie auch international tief geprägt hat. Die Beiträge zeigten, dass diese Entwicklung jedoch nicht nur in eine Richtung verlief. Auf der einen Seite wurden im Namen der Menschenrechte wichtige politische Projekte formuliert, symbolträchtige Forderungen erhoben und weitreichende Versuche der transnationalen Steuerung unternommen. Auf der anderen Seite entbrannten um das Menschenrechtsprinzip aber auch heftige Konflikte, und es wurde mit großer Schärfe zurückgewiesen. Verband sich der Menschenrechtsgedanke zu Anfang der neunziger Jahre noch mit emphatischen Hoffnungen auf ein neues Zeitalter weltweiter Gerechtigkeit, so wichen diese bald schon nachhaltiger Ernüchterung: Massenmorde ließen sich nicht stoppen, autoritäre Regime überdauerten, humanitäre Interventionen offenbarten gravierende Nebenfolgen.



Die Konferenz machte deutlich, dass weder der Triumphalismus der neunziger Jahre noch die Abgesänge auf die Menschenrechtsidee, die sich in den letzten Jahren häufen, der Komplexität der jüngsten Menschenrechtsgeschichte gerecht werden. Vielmehr ist der Blick zu schärfen für vielschichtige Entwicklungen, für widersprüchliche und gegenläufige Bewegungen.

Den Abendvortrag hielt Dan Diner, Mitglied des Arbeitskreises und Professor für Moderne Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem. Er zeigte, wie der Zerfall multiethnischer Imperien am Ende des Ersten Weltkriegs und die Entstehung neuer Nationalstaaten den Diskurs über Menschenrechte und die Herausbildung menschenrechtlicher Normen im 20. Jahrhundert prägte.

## Imperiale Waffenkontrolle

Wer sollte Zugang zu Waffen haben und wem sollte man diesen Zugang verwehren? Das waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts zentrale Fragen der internationalen Politik, die Imperialpolitik und Abrüstung verbanden. Historiker haben sich bisher vor allem mit der Abrüstungspolitik in Europa befasst – etwa mit der Demilitarisierung Deutschlands und Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg. Dass dieses Politikfeld auch eine imperiale Dimension aufwies, wurde bisher vernachlässigt.

Am 13. September fand in London ein von Dr. Felix Brahm (London) und Dr. Daniel Stahl (Jena) organisierter Workshop statt, der diese Leerstelle in der Forschung in den Blick nahm. Die Kooperationsveranstaltung zwischen dem *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* und dem Deutschen Historischen Institut London brachte acht Historiker aus Indien, dem Senegal, Deutschland, Australien, Russland und England zusammen, um erste Textentwürfe für ein gemeinsames Themenheft „Arms Control across the Empires“ zu diskutieren.

Während Studien zur Abrüstung bisher vor allem die Beziehungen zwischen mehr oder weniger ebenbürtigen Großmächten thematisierten, ging es in den in London diskutierten Beiträgen um ungleiche Beziehungen – etwa zwischen kolonisierten Völkern und Kolonialmächten oder zwischen kleinen Staaten und großen Rüstungsproduzenten. Auf diese Weise wurde nicht nur deutlich, dass Abrüstungspolitik immer auch ein Herrschaftsinstrument im imperialen Raum sein konnte; auch der Widerstand gegen koloniale Herrschaft und die Hegemonie westlicher Großmächte und Versuche, ihre Macht zu unterwandern, geriet in den Blick.

Frankreich und Großbritannien führten in ihren afrikanischen Kolonien beziehungsweise in Indien Kolonialgesetze ein oder nutzten internationale Abkommen wie die 1919 am Rande der Pariser Friedensverhandlungen unterzeichnete Waffenhandelskonvention, um den Zugang zu Waffen in ihren Territorien zu erschweren und auf diese Weise Aufstände zu verhindern. Einem ähnlichen Ansatz folgend, sah die Regierung Woodrow Wilsons internationale Konventionen als Möglichkeit, Kontrolle über das in Aufruhr befindliche Mittelamerika zu erlangen. Die mittelamerikanischen Staaten hingegen versuchten, diese Abkommen als Instrumente ihrer dezidiert anti-imperialistischen Außenpolitik in Stellung zu bringen. Mitunter erhielten solche mindermächtigen Akteure unverhofft Unterstützung vonseiten europäischer Großmächte. Deutschland etwa umging internationale Waffenhandelskontrollen, um mithilfe von Exporten an China seinen dortigen Einfluss wieder auszubauen.





## Wer ist Flüchtling?



Flucht und Asyl sind als Teil einer übergreifenden, auf Europa und Deutschland konzentrierten Migrations- und Grenzforschung seit etwa zehn Jahren in der Geschichtswissenschaft angekommen. Der integrierende Blick auf den politischen, juristischen und gesellschaftlichen Umgang mit dem Thema ist in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten und im vereinigten Deutschland jedoch bis heute eher die Ausnahme geblieben. Vor dem Hintergrund einer nach wie vor emotional geführten öffentlichen Debatte suchte das Symposium des *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* vom 4. bis 6. Juli 2019 den Blick für die historisch gewachsenen Bedingungen des Umgangs mit Flucht und Asyl zu schärfen. Welche Auswirkungen hatten (inter-)nationale Rechtsetzungen und der Kalte Krieg? Welche Veränderungen ergaben sich aus der Entstehung neuer Formen von Migration aus nichteuropäischen Regionen? Welchen Einfluss hatten und haben neue Infrastrukturen und die Professionalisierung der Akteure seit den siebziger Jahren?



In fünf Panels, die sich über vier Zeitphasen der deutschen Nachkriegsgeschichte erstreckten, wurden anschließend an den Keynote Speech von Professor Pertti Aho (Jyväskylä/Tampere) Wahrnehmungsmuster und Kategorisierungspraktiken, die sich seit 1945 im Umgang mit Geflüchteten herausgebildet haben, historisch analysiert und im interdisziplinären Austausch kontextualisiert. Dabei standen vor allem die politischen, rechtlichen und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse im Zentrum, die das Bild des „Flüchtlings“ prägten und darüber entschieden, wer als solcher politisch und rechtlich, aber auch gesellschaftlich anerkannt wurde. Im ersten Panel mit Prof. Dr. Miriam Rürup (Hamburg), Dr. Hanna-Mari Kivistö (Jyväskylä) und Dr. Anna Holian (Tempe, Arizona) machte die zeithistorische Einordnung deutlich, wie sich verschiedene Praktiken der Anerkennung und des Umgangs mit Geflüchteten entwickelten und im Laufe der Zeit änderten. Das gilt mit Blick auf Displaced Persons nach 1945, aber auch auf Flüchtlinge im Kalten Krieg, in den 1980er Jahren und seit der Vereinigung. Vorgetragen von Julia Reinke (Jena) und Prof. Dr. Frank Bösch (Potsdam) zeigten exemplarische Beispiele von Fluchterfahrungen und Exilorganisationen zunächst, wie verschiedene Akteure eigene Interessen verteidigten und neue Regelungen aushandelten. Immer wieder wurde dabei auch der Unterschied zwischen den Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945 und anderen Gruppen von Schutzsuchenden diskutiert. Dazu beleuchteten zwei Beiträge von Dr. Mathias Beer (Tübingen) zur Finanzierung der Forschung und von Dr. Alexander Clarkson (London) zur Lobbyarbeit die strukturellen Verflechtungen und historischen Hintergründe der Debatten.



Nicht zuletzt die Erkenntnis, dass Flucht und Asyl ein langfristiges Phänomen bleiben würden, so Prof. Dr. Harald Dörig (Jena) und Dr. Léa Renard



(Berlin), machte es nötig, Rechtssicherheit auf verschiedenen Ebenen zu erkämpfen, aber auch (migrantische) Interessenvertretungen zu schaffen, Geflüchteten also in jeder Hinsicht einen Platz in der Gesellschaft einzuräumen. Dass die Praktiken der Anerkennung hart umkämpft waren und immer wieder auf Ablehnung stießen, machten Dr. Patrice Poutros (Erfurt) und Dr. Maria Alexopoulou (Mannheim) im vorletzten Panel zu Asylpolitik und rassistischer Gewalt nach 1989/90 besonders deutlich. So wurde um den „Asylkompromiss“ erbittert gestritten, obwohl europäische Regelungen das deutsche Asylrecht längst ergänzt hatten und teilweise ersetzten. Dabei rief die mediale Dramatisierung einer „Fluchtwelle“ und des „vollen Bootes“ Abwehr in der Bevölkerung hervor, ebenso wie die Entstehung des Bildes vom „Wirtschaftsflüchtling“, das durch das Arbeitsverbot für Asylbewerber und ihre vermeintliche Privilegierung befördert wurde und bis heute virulent ist. Arbeitsrechte, aber auch Rentenregelungen und die Frage nach sozialen Rechten insgesamt spielen darum eine wesentliche Rolle für die Frage nach Integration und Ausgrenzung; die Konstitution sozialer Gemeinschaft hängt wesentlich von solchen rechtlichen und politischen Grundlagen ab.

Zum Schluss der dreitägigen Veranstaltung im Alten Schloss Dornburg wurden die Erkenntnisse des Symposiums mit Bezug zur aktuellen Situation in Deutschland seit 2015 in einer von Prof. Dr. Norbert Frei moderierten Runde mit Prof. Dr. Manuela Bojadžijev (Lüneburg/Berlin), Dr. Marion Detjen (Berlin), Prof. Dr. Martina Haedrich (Jena) und Dr. J. Olaf Kleist (Osnabrück) reflektiert. Das Thema Schutzsuchende sei vor allem mit Blick auf die Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft bedeutsam. Zugleich sei die Diskussion bis heute von einem Spannungsverhältnis zwischen der Normalität von Flucht und Migration und deren fortgesetzter Definition als ein krisenhafter Ausnahmezustand gekennzeichnet. So stelle sich die Frage: Was ist das Recht derjenigen, die keine Rechte haben? An den Antworten lasse sich, so Bojadžijev, der Charakter der demokratischen Ordnung ablesen. Denn das Phänomen Migration war und ist in der Bundesrepublik, wie PD Dr. Annette Weinke schon eingangs verdeutlicht hatte, sowohl Motor als auch Indikator des politischen, sozioökonomischen und kulturellen Wandels. In jedem Fall müsse sich die Forschung, so die einhellige Meinung, stärker den Perspektiven und Erfahrungen der Migranten selbst zuwenden.





### Die ostdeutsche Volksmeinung



Zum Auftakt des Zeitgeschichtlichen Kolloquiums im Wintersemester sprach Dr. Jens Gieseke am 16. Oktober über sein neues Forschungsvorhaben. Als Gastprofessor des Thüringer Forschungsverbunds „Diktaturerfahrung + Transformation“ arbeitet Gieseke über „Die ostdeutsche Volksmeinung. Probleme einer Rekonstruktion“. Anhand von Meinungsumfragen, Stimmungsberichten von Geheimdiensten und anderen Erhebungen aus Ost und West versucht er, die einst ungreifbaren Meinungen der DDR-Bürger vor und nach dem Umbruch von 1989 zu fassen. In einem anschaulichen Vortrag präsentierte er seine Quellen und verwies auf Kontinuitäten und Brüche in den Ansichten der Bürger während der Transformation. Dabei zeigte Gieseke nicht nur, wie sich Daten aus Meinungsumfragen von heutigen Erwartungen unterscheiden, sondern er leitete auch eine Diskussion zum Umgang mit soziologischen Daten in der Geschichtswissenschaft ein. Vor allem der Umgang mit Staatssicherheitsakten sei nicht einfach, obgleich sie einen einzigartigen Quellenbefund darstellten.

### Verschlussache Karlsruhe



Am 3. Juli stellte der Jurist und Journalist Dr. Thomas Darnstädt sein Buch *Verschlussache Karlsruhe. Die internen Akten des Bundesverfassungsgerichts* im Zeitgeschichtlichen Kolloquium vor. Nach Ablauf der dreißig- beziehungsweise sechzigjährigen Sperrfristen gelang es ihm, Urteilsakten des Bundesverfassungsgerichts zusammen mit den Handakten einzelner Richter zu analysieren und dadurch interne Wege zur Urteilsfindung nachzuzeichnen. Darnstädt's Darstellung verfolgt nicht zuletzt das kontinuierliche Bemühen der Verfassungsrichter, den hohen Erwartungen der Bonner Politik in einem aus ihrer Sicht vertretbaren Maße zu entsprechen, ohne die Herausbildung der institutionellen und politischen Unabhängigkeit ihrer Institution zu gefährden. Die Buchpräsentation fand in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung in Thüringen statt.

## Weimarer Verhältnisse?

Es gibt sie, die Parallelen zwischen der Weimarer und der Berliner Republik: Die Krise der etablierten Parteien, eine wachsende gesellschaftliche Polarisierung, der Aufstieg antidemokratischer Kräfte. Aber was nützt uns der Vergleich zwischen den späten Weimarer Jahren und der Gegenwart? Lässt sich die heutige Konjunktur des autoritären Nationalismus, des Rechtspopulismus und völkischer Ideologien besser verstehen, wenn wir uns die Ursachen für die Zerstörung der ersten deutschen Demokratie in Erinnerung rufen? Und können wir aus dieser historischen Erfahrung Lehren für die Bewältigung aktueller gesellschaftspolitischer Herausforderungen ziehen? Am 22. Oktober diskutierten Prof. Dr. Norbert Frei und Prof. Dr. Heinrich Best unter dem Stichwort „Weimarer Verhältnisse?“ über Gefahren für die Demokratie in Geschichte und Gegenwart. Moderiert wurde die gemeinsam vom KomRex Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration und dem *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* veranstaltete Podiumsdiskussion von Dr. Franziska Schmidtke.



## Das neue Wir

Der in London lehrende Historiker Jan Plamper erzählt die deutsche Geschichte seit 1945 radikal anders: Aus- und Einwanderung, so die These seines neuen Buches, das die aufgeheizte Migrationsdebatte enthysterisieren will, gehören zur DNA unserer Republik. In einer Kooperationsveranstaltung mit der Landeszentrale für politische Bildung in Thüringen und dem Theaterhaus Jena stellte Plamper am 11. Dezember seine Argumente vor. *Das neue Wir. Warum Migration dazugehört: Eine andere Geschichte der Deutschen* erzählt in einem ganz eigenen, mitreißenden Sound über Erfahrungen von Menschen, die nach Deutschland kamen und Teil der gemeinsamen Geschichte wurden: schlesische Vertriebene, „Gastarbeiter“ aus Italien und der Türkei, DDR-„Vertragsarbeiter“ aus Mosambik und Vietnam, Aussiedler aus der Sowjetunion und all jene, die aus guten Gründen Asyl erhalten. Plamper zeichnet die Geschichte der Einwanderung nach Deutschland als Erfolgsgeschichte – und er entwirft eine konkrete Vision davon, wie wir Deutschland neu denken, zu einem neuen Wir-Gefühl kommen können. Seine Konzepte diskutierte er zum Schluss mit Prof. Dr. Norbert Frei und Dr. Franka Maubach und ging dabei auch auf alternative Identitätsbezeichnungen, strukturpolitische Entwicklungen und Fragen aus dem Publikum ein.





## Mitglieder 2019



*Jolin Diekmann*

Politische Bildung im deutschen Südwesten nach 1945

*Constantin Eckner*

Rhetorics of Asylum in Germany and Europe, 1982-1998

*Sabine Jäger*

Die Geschichte der NS-verfolgten saarländischen Landtagsabgeordneten

*Janin Klein*

Wie Außenpolitik Schule macht. Die Internationalen Lehrgänge an der FDJ-Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“

*Max Kriszun*

Die Geschichte der Bundeszentrale für politische Bildung

*Lena Lorenz*

Die Architekturmoderne in Haifa während des britischen Mandats

*Felix Ludwig*

Prediger der Demokratie, Die Deutsche Hochschule für Politik und die politische Bildung in West-Berlin 1949-1974

*Jenny Price*

Der Demokratisierungsprozess in Ostdeutschland 1989-1994

*Christoph Renner*

Auf dem rechten Auge blind? Die bundesdeutsche Exekutive in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus nach 1968

*Johannes Streitberger*

Transformation der Gesellschaft und Politik in Saalfeld nach 1945

*János Varga*

Demokratie und Judenfeindschaft. Antisemitismus in Deutschland 1945-1970

*Markus Wegewitz*

Versprechen der Volksfront. Nicolaas Rost und der Antifaschismus als Erfahrungsgeschichte und Kulturauftrag, 1919-1968

---

Auch 2019 nahmen mit Leon Biela, Ludwig Decke, Christian Ebel, Flemming Falz, Tom Pinsker und Lisa Rethmeier mehrere Studierende aus dem Masterstudiengang *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts* als Gast-mitglieder an der Doktorandenschule teil.

### Seminartage „Unter uns“

Neben den Seminartagen mit der Gastprofessorin fanden auch in diesem Jahr zwei Treffen „Unter uns“ statt, bei denen die Mitglieder der Doktorandenschule Gelegenheit hatten, Feedback zu den abgeschlossenen Seminartagen zu geben, sich ihre Projekte gegenseitig vorzustellen und sich über aktuelle geschichtspolitische Themen auszutauschen.

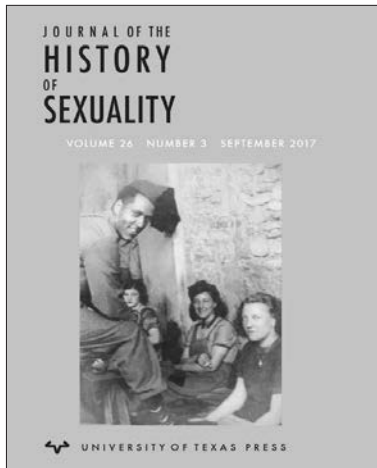
Beim Treffen mit PD Dr. Annette Weinke am 9. Juli stellte Christoph Renner sein Promotionsprojekt zur Geschichte des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik vor, das er nach Abschluss seines Lehramtsstudiums begonnen hat; die Staatsexamensarbeit galt der Gründungsgeschichte der Landeszentrale für politische Bildung in Thüringen. Daneben präsentierten Jolin Diekmann, Max Kriszun und Felix Ludwig eine Quellensammlung zum Thema „Zeitgeschichte in den Medien“. Die erfolgreiche Foto- und Videoserie „Eva Stories“, die mit der Frage „Was, wenn ein Mädchen im Holocaust Instagram gehabt hätte?“ eröffnet, erhielt innerhalb weniger Tage Millionen von Klicks und wurde in der Presse überwiegend positiv rezensiert. Sowohl die veröffentlichten Tagebücher der Eva Heymann wie auch das darauf basierende Instagram-Projekt wurden von den Teilnehmenden der Doktorandenschule kritisch hinterfragt. Die Diskussionen mündeten dann in eine Debatte der Vor- und Nachteile unterschiedlicher Formate der Geschichtsvermittlung.

Der zweite Seminartag „Unter uns“ mit Prof. Dr. Norbert Frei fand am 24. Oktober statt. Nach einer Feedbackrunde hielt Lena Lorenz einen Vortrag zu ihrem Promotionsvorhaben „Die Architekturmoderne in Haifa während des britischen Mandats“. Das mikrohistorische Projekt an der Bauhaus-Universität Weimar stützt sich sowohl auf historische Archivquellen wie auch auf eine selbsterstellte Foto- und Videodokumentation der dortigen Jerusalemstraße; die Arbeit versteht sich als Beitrag zur Rezeptionsgeschichte der modernen Architektur und den damit verbundenen Identitätskonstruktionen. Lisa Rethmeier, Gastmitglied aus dem Masterprogramm *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts*, kehrte 2019 aus ihrem Auslandsjahr in den Niederlanden zurück und berichtete von Ihrer Tätigkeit am Herinnerungszentrum Kamp Westerbork. Der Seminartag endete mit einer eindrucklichen Debatte über den von Michael Brenner in der *Süddeutschen Zeitung* kurz nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle veröffentlichten Beitrag „Packen wir die Koffer?“.

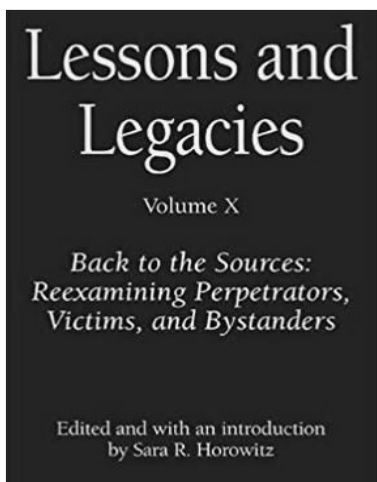




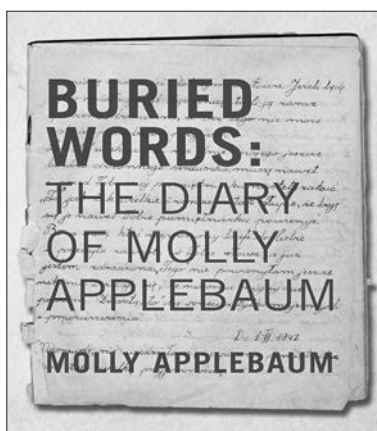
## Seminartage mit Gastprofessorin Doris Bergen



In ihren Seminartagen zur Geschichte des Holocaust regte Gastprofessorin Doris Bergen von der University of Toronto einen intensiven Austausch zu methodischen Herangehensweisen und zur Quellenarbeit an. Am ersten Seminartag am 6. Juni diskutierten die Teilnehmenden Möglichkeiten und Schwierigkeiten bei der Analyse historischer Fotografien aus der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Professor Bergen plädierte für den Blick auf die Expertise der Kunstgeschichte und das analytische Instrumentarium der Fotoanalyse. Fragen nach Materialität der Medien, Bildkomposition, sozialem und historischem Kontext, implizit und explizit dargestellten Machtbeziehungen, der Rolle des Fotografierenden und des Produktionsprozesses wurden ebenso diskutiert wie die Ebenen der verschiedenen Öffentlichkeiten. Die Teilnehmenden beschäftigten sich ausführlich mit der von Elissa Mailänder veröffentlichten Darstellung sexualisierter Gewalt durch deutsche Soldaten. Ein Täterfoto bot einen Querschnitt durch die Interpretationsmöglichkeiten, Leerstellen und Gewaltdynamiken, die „atrocities pictures“ als Fragehorizont eröffnen und letztlich auch zum Hinterfragen der eigenen Betrachtungsweise visueller Überreste beitragen.



Der zweite Seminartag am 11. Juni zu Sexualität und sexueller Gewalt im Holocaust bezog sich auch auf die emotionalen Herausforderungen für Historikerinnen und Historiker des Holocaust. Doris Bergen plädierte für die Bedeutung des Forschungsthemas, an dem die Überlagerung von verschiedenen Dimensionen von Verletzlichkeit in Gewaltsituationen studiert werden kann und Widersprüche zwischen nationalsozialistischer Ideologie und Praxis sichtbar werden. Schließlich bietet das Themenfeld auch die Möglichkeit, die Folgewirkung von Sexualitätsmustern während des Holocaust in den Nachkriegsgesellschaften zu studieren. In einem Referat zu den verschiedenen Quellen der Holocaust-Überlebenden Molly Applebaum wurde über die Funktion von Sex in Situationen gesprochen, in denen das eigene Überleben vom Wohlwollen Anderer abhing. Es entfachte sich eine Diskussion, inwieweit HistorikerInnen überhaupt in der Lage seien, solche Extremsituationen psychologisch angemessen zu verstehen und moralisch zu bewerten. Zum Ende des Tages wurden zusätzlich vier kurze Quellen analysiert. Abschließend betonte Bergen noch einmal, dass es bis heute relativ schwierig sei, über sexuelle Gewalt im Holocaust zu sprechen, was auch in populären Darstellungen, wie etwa in Claude Lanzmanns Dokumentarfilm *Shoah*, deutlich werde.

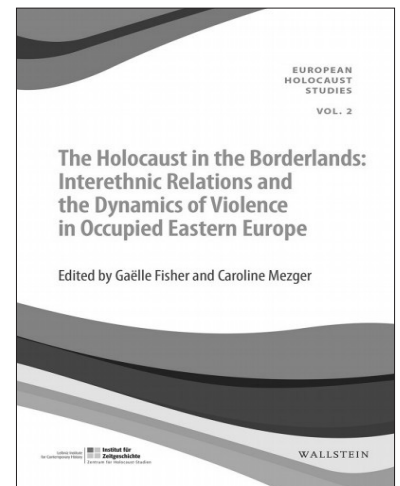


Doris Bergen eröffnete den dritten Seminartag am 13. Juni mit einer Übung zur globalen Dimension der Shoah. Darauf aufbauend erläuterte sie die Notwendigkeit, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust zusammenzudenken. Dieser Ansatz verkompliziert die Rolle der Ideologie für die Shoah und gebe dem Konflikt zwischen Intentionalisten und Strukturalisten aus den siebziger und achtziger Jahren eine neue Wendung. Im Anschluss wurden die



Artikel von Gerhard Weinberger und Regina Mühlhäuser besprochen und Begriffe wie „rassische“ und „demographische Revolution“ problematisiert. Am Nachmittag setzten die Teilnehmenden Quellenausschnitte in kleineren Gruppen grafisch um. Im Ergebnis entstanden zu den sechs Texten sieben getrennte, aber teilweise durch korrelierende Pfeile verbundene Tafelbilder, welche die verschiedenen Aspekte von Holocaust und Krieg veranschaulichten und dadurch neue Perspektiven eröffneten. Anschließend wurden Tagebuchausschnitte von Victor Klemperer und dessen Wahrnehmung der Verbindung von Holocaust und Krieg behandelt.

Zum Einstieg in den letzten Seminartag am 18. Juni wurden Ausschnitte aus Textquellen zum Holocaust, die ganz verschiedene Formen des Bezugs zur Religion aufweisen, in einer *human timeline* eingeordnet und besprochen. Judentum und Christentum seien auch im Holocaust als institutionalisierte Systeme der Sinnstiftung zu verstehen; ebenso müssten die verschiedenen Varianten von Glauben und Gläubigkeit in die Analyse einfließen. Im Anschluss an Referate zu Texten von Gershon Greenberg und Doris Bergen wurde ein Bogen zum ersten Seminartag geschlagen, indem die methodischen Zugänge und die genutzten Fotografien erneut diskutiert und analysiert wurden. Zum Abschluss der vier sehr eindrucksvoll und motivierenden Seminartage wurden Predigten des Rabbiners Kalonymous Kalman Shapira gelesen und über das Thema Leid im Holocaust diskutiert.





### Seminartag mit Prof. Dr. Jan Plamper



Mit dem aktuellen „Emotionsboom“ und dessen Wurzeln stieg Prof. Dr. Jan Plamper von der Goldsmiths University in London in den Seminartag zur Emotions- und Sinnesgeschichte am 12. Dezember ein. Historiker hätten zwar schon immer über Emotionen geschrieben, die Emotionsgeschichte als „selbstbeschreibendes Fach“ sei jedoch erst in den achtziger Jahren entstanden und habe sich erst seit den 2000er Jahren etabliert. Emotionsgeschichte werde dabei vor allem als Wissenschafts-, Rechts- und Begriffsgeschichte sowie als „Emotionologie“ betrieben.

Die Seminargruppe beschäftigte sich mit dem Konzept der „emotionalen Gemeinschaften“ der Mediävistin Barbara Rosenwein, der performativen Kraft des sprachlichen Ausdrückens von Gefühlen nach William Reddy und mit den von Monique Scheer betonten „emotionalen Praktiken“. Auch die Sinnesgeschichte, die einen anderen Zugriff für die Quellenarbeit bedeuten könne, wurde kurz angesprochen. Der Text von Ruth Leys, die sich mit der Universalisierbarkeit von Gesichtsausdrücken nach Paul Ekman auseinandersetzt, wurde unter der Fragestellung diskutiert, inwiefern sich die Geschichtswissenschaft Ergebnisse anderer wissenschaftlicher Disziplinen, etwa der Psychologie oder der Neurowissenschaften, nutzbar machen kann. Betont wurde einerseits die Notwendigkeit, „über den Tellerrand zu schauen“, andererseits jedoch auch die Schwierigkeit, sich in die Forschung angemessen einzuarbeiten, anstatt diese nur „steinbruchartig“ im Sinne der eigenen Argumentation zu verwenden. In diesem Kontext wurde ein Text von Mark M. Smith zur Sinnesgeschichte des amerikanischen Bürgerkrieges einer scharfen Kritik unterzogen; trotz des spannenden Ansatzes nehme Smith eine zu naheliegende und eindimensionale Deutung der Quellen vor.

Zum Abschluss des Seminartags wurde besprochen, was aus den Texten für die eigene Arbeit mitgenommen werden kann. Es hatte sich gezeigt, dass Emotionen nicht nur Einfluss auf die persönlichen Beziehungen historischer Akteure, sondern auch auf die praktische Arbeit von Institutionen und auf politische Entscheidungen haben können. Gleichwohl entstehen in der historischen Analyse von Emotionen häufig „blinde Flecken“, weil kein geeignetes Quellenmaterial vorhanden ist. Zudem scheinen bestimmte Emotionen, zum Beispiel die Furcht vor dem Kommunismus, bereits gut erforscht, ohne dass dafür ein dezidiert emotionsgeschichtlicher Zugang gewählt wurde.





## History Slam

*Der erste History Slam des Historischen Instituts der Universität Jena fand am 4. Dezember 2019 statt. Neben Johannes Streitberger wagte sich auch Felix Ludwig mit einem Vortrag namens „Make Democracy Great Again! Wie sich Politologen in West-Berlin an politischer Bildung versuchten“ vor das Publikum. Sein Erfahrungsbericht bietet Einblicke in dieses neue wissenschaftliche Format.*

„Unter den sechs Slammer\*innen fanden sich Vertreter\*innen der Frühen Neuzeit, der Neueren Geschichte, der Nordamerikanischen Geschichte und der Neueren und Neuesten Geschichte. Allerdings versuchten sich nicht nur Promovierende auf der Bühne; neben vier Doktoranden hielten auch ein Habilitand und ein Studierender einen Vortrag. Die Reihenfolge wurde im Vorfeld ausgelost; ich musste gleich den ersten Beitrag übernehmen und hatte so die Gelegenheit, mir die anderen in Ruhe ansehen zu können.

Die Zugriffe auf das für die meisten von uns sicherlich neue Format erwiesen sich als recht unterschiedlich: Während der Vertreter der Neueren Geschichte dem Publikum mit selbstgestrickter Pickelhaube auf dem Kopf und lauter popkulturellen Anspielungen erklärte, wie man als preußischer König mit einer Revolution davonkommt, entschied sich Johannes Streitberger mit seiner Erzählung über die 1945 von den Besatzungsbehörden imaginierte Werwolf-Gruppe im Raum Pößneck für ein klassisches Vortragsformat. Am routiniertesten gestaltete der Studierende seinen Beitrag, der über Richard Wagners Antisemitismus sprach – offenbar war dies nicht der erste Science Slam, an dem er teilnahm.

Der Gewinner wurde durch Applaus bestimmt. Das Instrument erwies sich allerdings als etwas zweifelhaft, sodass eine Art Stichwahl der besten drei Beiträge durchgeführt werden musste, zu denen mein Vortrag leider nicht gehörte. Am Ende gewann der Studierende.

Insgesamt habe ich die Veranstaltung als Erfolg empfunden: Nicht nur, dass sie auf eine gute Resonanz am Institut stieß – auch der Abend stellte sich als sehr amüsant heraus. Meine Befürchtung, dass die meisten Beiträge eher trockenen Impulsreferaten ähneln würden als unterhaltsamen „Slams“, erfüllte sich nicht. Auch für das Nachdenken über meine eigene Arbeit erwies sich das Bemühen als Gewinn, Ergebnisse und Thesen kurz, pointiert und unterhaltsam zu präsentieren.“





## Judenfeindschaft nach dem Holocaust



In den vergangenen Jahren ist eine Zunahme judenfeindlicher Übergriffe und Straftaten sowie antisemitischer Hetze in den digitalen Medien zu verzeichnen, und der rechtsradikal motivierte Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 hat gezeigt, dass der Antisemitismus in Deutschland auch heute noch mörderische Formen annehmen kann. Im Kontrast hierzu steht die Tatsache, dass sich die Zeitgeschichtsforschung bisher nur punktuell mit der Entwicklung von Antisemitismus und Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik befasst hat. Vor diesem Hintergrund ist im Sommer 2019 eine Forschergruppe am *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* gegründet worden, die sich des Themas aus politik-, diskurs-, alltags- und lokalgeschichtlicher Perspektive annimmt und nach den langfristigen Konjunkturen des Antisemitismus sowie dem Wandel des politisch-gesellschaftlichen Umgangs mit ihm fragt.



Über „Judenfeindschaft nach dem Holocaust. Antisemitismus und Rechtsradikalismus in Deutschland seit 1945“ forschen mit unterschiedlichen Perspektiven Dr. Maik Tändler, Christoph Renner und János Varga. Das Promotionsvorhaben von János Varga befasst sich mit der Gesellschaftsgeschichte des Antisemitismus in der Bundesrepublik der fünfziger und sechziger Jahre. Untersucht werden vor allem alltagsantisemitische Vorfälle und der gesellschaftliche und politische Umgang mit ihnen. Zeitlich anschließend erforscht Christoph Renner in seiner Dissertation die staatlichen Reaktionen auf den Antisemitismus und den Rechtsradikalismus, der seit den siebziger Jahren eine zuvor unbekannte Gewaltbereitschaft an den Tag legte. Maik Tändler schließlich untersucht die Diskursstrategien und Rezeptionskonjunkturen der vornehmlich rechtsintellektuellen Akteure, die seit der Gründung der Bundesrepublik den Holocaust zu relativieren und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als „Schuldkomplex“ zu denunzieren suchen.



## Der große Umbruch

Ziel der Studien von Dr. Carsta Langner und Dr. Franka Maubach ist es, Erfahrungen in der späten DDR und während der frühen Transformation, die in der Regel getrennt erinnert und repräsentiert werden, im Zusammenhang zu verstehen. Dabei ermöglicht die zäsurübergreifende Anlage von 1970 bis 2010, Kontinuitäten in den Blick zu bekommen, die möglicherweise längerfristig wirksam waren und zur Aufklärung spezifischer Einstellungsweisen in verschiedenen Milieus der ostdeutschen Gesellschaft beigetragen haben.

Entgegen der derzeitigen Tendenz zur „ostalgotischen“ Erinnerung werden vor allem Krisenwahrnehmungen im Spätsozialismus in den Blick genommen, die sich – je nach Milieu, Generation oder politischer Prägung – zwar unterschiedlich artikulierten, aber tendenziell alle Ebenen der Gesellschaft erfassten. Dienten diese Wahrnehmungsmuster, wie die Kritik an „Denenda-oben“, auch in der Transformationskrise nach 1990 zur Einordnung von Krisenerfahrungen? Und wie ist zu erklären, dass zeitgenössische Erfahrung und spätere Erinnerung immer weiter auseinanderklafften?

Ausgangspunkt des Forschungsvorhabens ist der Erwartungshorizont der seit 1971 proklamierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, das Versprechen eines „Konsumsozialismus“, das seit 1976 mit dem Palast der Republik als gebaute Utopie für jeden DDR-Bürger zugänglich, aber in den folgenden Jahren sukzessive enttäuscht wurde. Die in den achtziger Jahren immer akuter werdende Frustration dokumentieren ganz unterschiedliche Quellengattungen: Millionen von Eingaben zeugen von der „Versorgungskrise“, in Samisdat-Zeitschriften kritisierten Bürgerrechtler das politische System, alte Mythen vom „antifaschistischen Widerstandskampf“ und vom Fortschritt im Sozialismus bröckelten. Aber wie hängen punktuelle Versorgungskritik und allgemeine Systemkritik zusammen? Und wurde diese Art der Gesellschaftskritik nach dem Mauerfall aktualisiert? Ausgehend von Fragen wie diesen soll ein Panorama des großen Umbruchs entfaltet werden, das Erfahrungen vor und nach 1989/90 systematisch in Beziehung zueinander setzt.

Das Projekt ist Teil des vom Bundesministerium für Forschung und Bildung geförderten Verbunds „Diktaturerfahrung + Transformation“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Universität Erfurt, der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie der Stiftung Ettersberg.





## Prediger der Demokratie



Wie die westdeutsche Demokratie gelingen konnte und welche Bedeutung die Erziehung zur Demokratie nach 1945 hatte, untersucht die Forschungsgruppe zur Geschichte der politischen Bildung. Drei Fallstudien entstehen im Rahmen von Promotionsvorhaben: Max Kriszun widmet sich der Institutionengeschichte der bisher nur für die Anfangsjahre erforschten Bundeszentrale für politische Bildung. Daneben blicken zwei Regionalstudien auf Inhalte und Praktiken der Bildungsarbeit. Felix Ludwig fragt am Beispiel West-Berlins nach der Funktion der politischen Bildung bei der Etablierung der Politikwissenschaft. Den von Jolin Diekmann in Baden-Württemberg untersuchten Akteuren gelang es, eine mitunter beträchtliche persönliche NS-Belastung auszublenden: Erziehung zur Demokratie war dort immer auch ein Mittel der eigenen Demokratisierung. Tim Schanetzky leitet das Projekt gemeinsam mit Norbert Frei und verfasst eine Studie über den Ort der politischen Bildung in der deutschen Geschichte nach 1945. Den ursprünglich nur bis Mitte der siebziger Jahre reichenden Untersuchungszeitraum hat das Team bis auf die Wendezeit ausgeweitet. Dazu trug auch die Examensarbeit von Christoph Renner bei, der auf der Basis reichhaltiger Quellenfunde eine Gründungsgeschichte der Erfurter Landeszentrale für politische Bildung vorgelegt hat.



Das Projekt blickt auf Behörden, Institutionen, Personen, Ideen und Praktiken. Damit berührt es die Wissenschafts- und Ideengeschichte ebenso wie die Geschichte der Demokratie; auch ist es Teil einer Aufarbeitungskonjunktur, die sich für die „NS-Belastung“ im Staatsdienst und deren mittelfristige Folgen interessiert. Vor diesem Hintergrund hat das Projektteam der Arbeit in den Archiven eine Reihe von Seminartagen an die Seite gestellt, die sich genauer mit diesen Forschungskontexten befassen. Zugleich diente das zweite Projektjahr dazu, das Jenaer Projekt in der Fachöffentlichkeit bekannt zu machen und seine Hypothesen zur Diskussion zu stellen. Dazu hat es Präsentationen auf einer Tübinger Konferenz ebenso gegeben wie Vorträge in Kolloquien in Potsdam, Essen und Halle sowie am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Im letzten Projektjahr werden sich daran noch zwei Präsentationen auf einer international vergleichend angelegten Konferenz in Paris sowie ein zweitägiges Treffen anschließen, das einen hochrangigen Kreis von Expertinnen und Experten in Jena versammeln wird. Dieser Projektworkshop leitet zugleich die Schlussphase des noch bis Ende 2020 von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien geförderten Vorhabens ein.

## Ein saarländischer Sonderweg?

Im Juli 2019 startete am *Jena Center* ein vom Landtag des Saarlandes finanziertes Dissertationsprojekt zur Geschichte der NS-verfolgten saarländischen Landtagsabgeordneten. Das Forschungsvorhaben steht im wissenschaftlichen Kontext der Erforschung personeller Kontinuitäten nach 1945 in den verschiedenen Hoheitsbereichen staatlicher Gewalt in der Bundesrepublik. Während sich vergleichbare Untersuchungen in erster Linie auf NS-belastete Entscheidungsträger konzentrieren, verfolgt das Forschungsprojekt von Sabine Jäger zusätzliche Ziele: Zum einen füllt die Nachzeichnung der Lebenswege von ehemals NS-verfolgten Parlamentariern eine besonders im Saarland vielfach als schmerzhaft empfundene Forschungslücke, zum anderen erlaubt meist nur die genaue Beschäftigung mit dem Einzelfall auch eine angemessene Beurteilung von NS-Belastungen.

Das Zusammenspiel beider Gruppen bei der Neugestaltung demokratischer Landespolitik wiederum offenbart einen interessanten Vergleichsfall für die Geschichte der bundesdeutschen „Wiedergutmachung“ insgesamt. Bis zur umkämpften Volksabstimmung des Jahres 1955, mit der der Beitritt des Saarlands zum Geltungsbereich des Grundgesetzes durchgesetzt wurde, setzte sich die Volksvertretung des teilautonomen Staates schließlich fast vollständig aus politisch Unbelasteten oder gar Opfern nationalsozialistischer Verfolgung zusammen. Das Saarland wurde dadurch zur Ausnahme im sogenannten Land der Täter: Es war das einzige staatliche Territorium mit demokratisch legitimer Verfassung, in welchem nach Ende der selbstbestimmten Zugehörigkeit zum nationalsozialistischen Herrschaftsbereich keine personellen Kontinuitäten aus der Zeit des Nationalsozialismus in den Schaltzentralen der Macht geduldet oder gar als unumgänglich angesehen wurden.

Nach der Entscheidung zugunsten der „kleinen Wiedervereinigung“ setzte dagegen ein ungeahnter Verdrängungsprozess ein, der durch das Parteiverbot der KPD 1956 noch befeuert wurde. Prägten eben noch Persönlichkeiten mit einem Erfahrungshorizont von Emigration oder Inhaftierung, beruflicher Benachteiligung oder rassistischer Verfolgung die Parlamentsdebatten um die Folgen des Krieges, so rückten nun einflussreiche Profiteure der vergangenen Diktatur an ihre Seite. Das Forschungsprojekt leuchtet Machtverhältnisse, landespolitische Weichenstellungen und vergangenheitspolitische Diskurse aus – und fragt, ob es im Saarland einen Sonderweg in der Geschichte bundesdeutscher „Aufarbeitung“ gab.





## Masterstudiengang Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts

*Zum Wintersemester 2019/20 nahm der zwölfte Jahrgang des Masterstudiengangs seinen Betrieb auf. Die nachfolgenden exemplarischen Selbstporträts sind der Homepage des Studiengangs entnommen.*



Mein Name ist *Felix Müller*, ich bin 24 Jahre alt, und nach meinem Bachelor in Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Bamberg hat es mich nun für den GP20-Master nach Jena verschlagen. Mich fasziniert besonders die Reflexivität unserer heutigen Gesellschaft, mit der sie sich auf ihre eigene Geschichte und damit auf das 20. Jahrhundert bezieht. Dabei spielt nicht nur die reine Ereignisgeschichte eine Rolle. Vielmehr sind auch gegenwärtige politische, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Diskurse und Positionen von der Ideengeschichte und vom politischen Denken des 20. Jahrhunderts beeinflusst oder stehen gar in ihrer Tradition. Diese „historische Gewordenheit“ der Gegenwart, aber auch die Wirkmächtigkeit von Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik, hat mich schon immer fasziniert. Im interdisziplinär angelegten GP20-Master möchte ich die gegenseitige Fruchtbarkeit der Geschichtswissenschaft und der Sozialwissenschaften nutzen, um mich eingehender mit dieser Thematik zu befassen.



Ich heiße *Barbora Fischerová*, meine Freunde nennen mich aber Bara. Für das Studium der Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts bin ich nach Jena aus Saarbrücken gezogen, wo ich in Deutsch-Französische Studien ein Doppelstudium mit der Universität von Lothringen abgeschlossen habe. Diese ganz neue Fachorientierung entspringt dem Willen, die Vergangenheit und dabei auch die verschiedenen nationalen Narrative innerhalb von Europa zu verstehen. Die Unterschiede beobachte ich schon seit meiner binationalen Kindheit, und heute habe ich durch meine Erfahrungen eine bessere Übersicht der Heterogenität Europas erreicht. Aus diesem Studiengang erwarte ich nun ein tieferes Verständnis der Ursachen.



**David Abraham**  
**Wer gehört zu uns?**

Einwanderung, Integration und Solidarität im Wohlfahrtsstaat

In vielen Ländern der Welt wird die Idee des Wohlfahrtsstaates derzeit infrage gestellt, während das Thema Flucht und Migration dem Rechtspopulismus rasanten Auftrieb verschafft. Antworten auf die Frage, wer unter welchen Bedingungen zu „uns“ gehört und an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen teilhaben darf, erleben eine dramatische Verschiebung. David Abraham untersucht das Wechselverhältnis von Einwanderung, Integration und Solidarität im kapitalistisch geprägten Westen des 20. und 21. Jahrhunderts. Am Beispiel von Deutschland, den USA und Israel zeigt der Jurist und Historiker, warum „soft on the inside, hard on the outside“, die einst für die Etablierung stabiler Wohlfahrtsstaaten grundlegende Formel, in Zukunft nicht mehr tragfähig sein wird. Ergänzung und Vertiefung finden diese Einsichten in einem lebensgeschichtlichen Interview über Geschichte und Herkunft, über Recht und Populismus, aber auch über Abrahams wechselhafte wissenschaftliche Laufbahn.

Vorträge und Kolloquien, Bd. 25

Wallstein Verlag Göttingen, erschienen September 2019, 197 Seiten



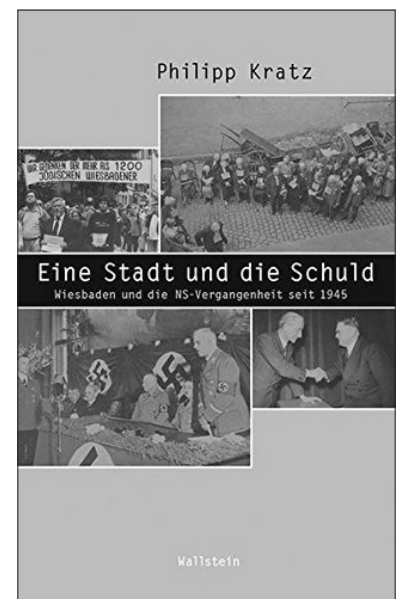
**Philipp Kratz**  
**Eine Stadt und die Schuld**

Wiesbaden und die NS-Vergangenheit

Der Umgang der Deutschen mit der NS-Vergangenheit gilt heute vielen als vorbildlich. Aber die Bereitschaft zu einer Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich“ war lange Zeit keine Selbstverständlichkeit. Wie schwierig dieser Weg sein konnte, untersucht Philipp Kratz am Beispiel der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden. Er führt dabei die wichtigsten Felder der „Vergangenheitsbewältigung“ zusammen: Wie gingen ehemalige Verfolger und Verfolgte miteinander um? Wie stritten die Zeitgenossen um Fragen nach individueller und kollektiver Schuld? Welche Formen der Bestrafung, der Wiedergutmachung und des Gedenkens, aber auch der erneuten Demütigung, Instrumentalisierung und des Beschweigens bildeten sich heraus? Gibt es eine „zweite Schuld“, weil die erste vielfach folgenlos blieb? Die lokale Perspektive erlaubt es, solchen Debatten detailliert und über einen langen Zeitraum hinweg nachzugehen. Dabei wird deutlich, dass sich die Auseinandersetzung der Deutschen mit der Schuldfrage weder als geradlinige Erfolgsgeschichte noch als bloße Defizitgeschichte erzählen lässt.

Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 25

Wallstein Verlag Göttingen, erschienen März 2019, 432 Seiten





Leitung	Prof. Dr. Norbert Frei
Stellvertretung	PD Dr. Annette Weinke
Mitglieder	Prof. Dr. Carola Dietze Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller Prof. Dr. Anke John Prof. Dr. Volkhard Knigge Prof. Dr. Thomas Kroll Prof. Dr. Gisela Mettele Prof. Dr. Jörg Nagler Prof. Dr. Joachim von Puttkamer PD Dr. Tim Schanetzky
Internationaler Beirat	Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej (Warschau) Prof. Dr. Philippe Burrin (Genf) Prof. Dr. Saul Friedländer (Los Angeles) Prof. Sir Ian Kershaw (Sheffield) Prof. Dr. Charles S. Maier (Cambridge, MA) Prof. Dr. Lutz Niethammer (Jena) Prof. Dr. Henry Rousso (Paris) Prof. Dr. Irina Scherbakowa (Moskau) Prof. Dr. Fritz Stern (1926-2016)
Wissenschaftliche Geschäftsführung	Dr. Kristina Meyer
Wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte	Gizem Acikgöz Christoph Renner Hannes Walter
Finanzierung	Gründung und laufende Finanzierung des <i>Jena Center</i> beruhen auf einer großzügigen privaten Spende von Dr. Christiane und Dr. Nicolaus-Jürgen Weickart.



**Impressum:**

Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts  
Historisches Institut  
Friedrich-Schiller-Universität Jena  
07743 Jena

[Jena.Center@uni-jena.de](mailto:Jena.Center@uni-jena.de)  
[www.JenaCenter.uni-jena.de](http://www.JenaCenter.uni-jena.de)  
Redaktion: Dr. Kristina Meyer / Jenny Price